

Bürgerversammlung für das Versammlungsgebiet „Sebaldussiedlung“ am 29. März 2017;

LfdNr.	Anträge
1	<p><u>Ein Bürger</u> berichtet über die frühere und bessere Parkregelung in der Königsberger Straße (auch Gleiwitzer Straße) hinsichtlich des beidseitigen Aufparkens ohne Halteverbote. Dadurch konnte mehr Parkraum geschaffen werden. Gleichzeitig dient dies der Sicherstellung des Durchkommens des Rettungsdienstes. Aktuell ist nur einseitiges Aufparken erlaubt.</p> <p>Der Bürger beantragt zur besseren Ausnutzung des Parkraum die Überprüfung sämtlicher Straßen in der Sebaldussiedlung, ob die Möglichkeit des Aufparken (ggf. mit Markierungen auf den Gehwegen, ca. 20 cm) auch an den Stellen zugelassen werden kann, die momentan vom Aufparken ausgeschlossen worden sind.</p> <p><u>Herr Janousek/Sachgebiet Straßenverkehrsangelegenheiten, Baustellen:</u> Vor einigen Jahren hat der UVPA beschlossen, dass das Aufparken nur dort erlaubt werden soll, wo ausreichend Restgehwegbreite vorhanden ist. Ansonsten könnte ein Platzproblem entstehen, sobald sich Personen mit Kinderwägen oder Rollator begegnen. Der Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung wird nur aufgrund von Beschwerden der Anwohner/innen tätig. Dies ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung.</p> <p>Es folgt die Abstimmung. Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.</p>

LfdNr.	Anliegen
Planen und Bauen	
2	<p>Die Bushaltestelle Erlangen Süd-Ost ist für die Fahrgäste über den sog. Preußensteg, eine 25-stufige steile Treppe, zu erreichen. Der Weg ist für Personen mit Mobilitätseinschränkungen nicht zumutbar. Diesem Personenkreis steht nur ein unbeleuchteter Trampelpfad durch ein Waldgrundstück zur Verfügung.</p> <p>Es wird daher angeregt, diesen Trampelpfad als asphaltierten Fußweg auszubauen. Vor ca. zwei Jahren wurde dies auf der Westseite (Richtung Tennenlohe, Nürnberg) der Bushaltestelle schon umgesetzt.</p> <p><u>Herr Weber/Referat Planen und Bauen:</u> Diese Angelegenheit wird 2017 angegangen. Geplant ist ein asphaltierter, barrierefreier Zugang zur Bushaltestelle. Die Umsetzung erfolgt spätestens im Jahr 2018. Beim Ausbau des Trampelpfades sind die Baumstandorte zu beachten. Auch die Eigentümer der Nachbargrundstücke sind zu beteiligen.</p>
3	<p><u>Eine Bürgerin</u> merkt an, dass an vielen Bushaltestellen, wie in der Nürnberger Straße oder auch an der Theodor-Heuss-Anlage, Papierkörbe fehlen und bittet um Nachrüstung.</p>

4	<p>Ausgehend von der Staudtstraße wird derzeit die Nikolaus-Fiebinger Straße neu errichtet. Diese hält der Bürger auf der ganzen Länge für sehr überflüssig, da die Abzweigungen auch über die Parallelstraße, Kurt-Schumacher-Straße, hätten ausgeführt werden können.</p> <p><u>Herr Weber/Referat Planen und Bauen</u> sieht den Bau der Straße nicht für überflüssig an. Damit soll der von Osten kommende Durchgangsverkehr sowie der Parkdruck (zur Entlastung der Sebaldussiedlung) abgefedert werden, auch durch die neu entstehenden Parkhäuser.</p> <p>Außerdem handelt es sich bei der Kurt-Schumacher-Straße um eine Staatsstraße, bei der das staatliche Straßenbauamt zuständig ist. Ampelanlagen im innerstädtischen Bereich sind Mittel der Verkehrsberuhigung. Die Aufgabe des staatlichen Bauamts liegt darin, dafür zu sorgen, dass der Verkehr auf den Staatsstraßen fließt. Die Stadt Erlangen ist z. B. für die nicht mehr anbaufreie (also direkte Grundstückszufahrten) Paul-Gossen-Straße verantwortlich und auch für die neue Nikolaus-Fiebinger Straße.</p>
5	<p>Aus welchem Grund dürfen sämtliche Bäume auf diesem Areal der Universität abgeholzt werden?</p> <p><u>Herr Weber/Referat Planen und Bauen</u>: In dem geltenden Flächennutzungsplan ist dieses Gebiet als Sonderfläche der Universität (Baugebiet) ausgewiesen und stellt kein Waldgebiet dar. Sobald die Universität mit dem Bauvorhaben beginnt, dürfen die noch bestehenden Bäume gefällt werden. Allerdings hat die Universität dann die Pflicht, entsprechende Ersatzpflanzungen vorzunehmen.</p>
6	<p><u>Ein Bürger</u> ist über das Verhältnis der aktuellen Studentenzahl in Erlangen von ca. 30.000 Personen ggü. der Einwohnerzahl von ca. 110.000 Personen sehr entgeistert. Zusätzlich erkundigt er sich über den aktuellen Stand des künftigen Standorts der Technischen sowie der Erziehungswissenschaftliche Fakultät.</p> <p><u>OBM</u> kann zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Aussagen geben. Bisher sind noch keine Verträge unterschrieben. Geplant ist jedoch, dass der Freistaat Bayern von der Fa. Siemens den sog. „Himbeerpalast“ erwerben soll. Dort wird das neue Zentrum der Philosophischen Fakultät einziehen. Die Gebäude am bisherigen Standort der Philosophischen Fakultät in der Hindenburgstraße sollen abgerissen werden. Auf diesem Areal wird sich dann das Erlanger Universitätsklinikum ausbreiten.</p> <p>Zum Thema Technische Fakultät wird folgendes berichtet: Es gab einen Beschluss des Freistaats Bayern, Teile der Technischen Fakultät auf dem AEG-Gelände in Nürnberg anzusiedeln. Allerdings konnte der Grund hierfür nicht erworben werden. Zum ersten Mal möchte der Freistaat Bayern sehr umfangreich in die Universität Erlangen-Nürnberg investieren; wie sonst nur in den Universitäten in München investiert wurde. Universitätsstandorte prosperieren und entscheiden auch über die Zukunftsfähigkeit von Regionen. Für die Region Erlangen-Nürnberg ist es elementar, diese Chance wahrzunehmen. Erlangen soll als starker Standort ausgebaut werden (Umfeld heutiges Südgelände und Technische Fakultät). Voraussichtlich entsteht ein weiterer Standort in Nürnberg, welche gut miteinander erschlossen werden. In den nächsten Jahren hat die Technische Fakultät einen enormen Wachstumsbedarf. Folglich wird sich auch die Studentenzahl verdoppeln. Die FAU Erlangen-Nürnberg ist international absolut konkurrenzfähig.</p> <p>Damit die Stadt Erlangen weiterhin lebenswert und attraktiv bleibt, wird ganz massiv in Wohnungsbau, sozialer Infrastruktur, Grünflächen, etc. investiert.</p>

7	<p>Die Fernwärmeleitung wurde von der Hartmannstraße sukzessive über die Sebaldusstraße, Erwin-Rommel-Straße und Egerlandstraße bis hin zur Stettiner Straße verlängert. Aus welchem Grund wurde dieser Ausbau nicht in einem Zug durchgeführt?</p> <p><u>OBM</u> gibt an, dass die Stadt Erlangen und die ESTW gerne in einem Zuge gebaut hätten. Allerdings hat es länger gedauert, bis sich der Freistaat Bayern (als Vertreter der Universität) darauf einigen konnte, dass künftig das gesamte Unisüd-Gelände mit Fernwärme versorgt wird. Erst zum jetzigen Zeitpunkt konnte von Seiten des Freistaats eine Einigung erzielt werden.</p> <p>In diesem Zusammenhang erkundigt sich <u>ein anderer Bürger</u> über den Glasfaserausbau in der Sebaldussiedlung. <u>OBM</u> teilt hierzu mit, dass zunächst Leerrohre durch die ESTW verlegt werden. In den nächsten Jahren soll voraussichtlich noch weiter in das Glasfasernetz investiert werden. Es wird zugesagt, dass dem Bürger Informationen nachgereicht werden sollen, ob die Sebaldussiedlung zum nächsten Ausbaubereich zählt bzw. zu welchem Zeitpunkt ein Glasfaserausbau geplant ist.</p>
8	<p><u>Ein anderer Bürger</u> spricht das Parkproblem im Bereich der Universität an. Die Stadt Erlangen soll sich aktiv mit der FAU um einen immensen und signifikanten Ausbau der Parkkapazitäten des Campus' kümmern (Ausbau von 10-geschossigen Parkhäusern). Zur Lösung der Parksituation in den Abendstunden sowie am Wochenende soll sich die Stadt Erlangen ebenfalls gemeinsam mit der GBW auseinandersetzen.</p> <p><u>Herr Werber/Referat Planen und Bauen</u> appelliert an die Pendler zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, um den Parkdruck in der Stadt zu lindern. Hier wird sukzessiv die Infrastruktur weiter ausgebaut. Das Parkproblem lässt sich jedoch nicht alleine durch Schaffung weiterer Parkhäuser lösen, da dann umso mehr Pendler mit ihrem KFZ unterwegs sein würden.</p> <p><u>OBM</u>: Bezüglich der angesprochenen fehlenden Parkplätze kann mitgeteilt werden, dass die Universität auf dem Südgelände neue Parkhäuser errichten wird, entlang der neu geplanten Nikolaus-Fiebinger Straße.</p>
9	<p>Es wird angefragt, welche Buslinie durch die Nikolaus-Fiebinger Straße führen soll.</p> <p><u>Frau Schmitt/ESTW</u>: Die ESTW ist derzeit noch bei den Planungen, wie das Liniennetz im Dezember umgestaltet werden kann. Voraussichtlich soll diese Straße durch die Linie 280 angedient und auch nach Spardorf verlängert werden. Hinsichtlich der Linie 293 wird angedacht, diese von der Sebaldussiedlung bis Bruck/Bahnhof zu leiten. Der Verlauf des Linienwegs ist derzeit noch nicht sicher.</p>
10	<p><u>Ein Bürger</u> fordert die Stadt Erlangen intensiv auf, eine Abstandsflächenregelung von 0,4 H zu erzielen. In der Stadt Nürnberg wurde diese Abstandsflächenregelung bereits eingeführt. Der Bürger stellt mehrmals dar, dass sich die Realisierung von Bauvorhaben nach der aktuellen Abstandsflächenregelung (1,0 H) als sehr schwierig gestaltet. Viele Bürger können ihre freien Grundstücksflächen daher nicht bebauen.</p> <p><u>Herr Weber/ Referat Planen und Bauen</u>: Es braucht eine politische Diskussion darüber, da durch die Einführung der Abstandsfläche von 0,4 H das Bauen grundsätzlich erleichtert wird. Darüber hinaus können auch die Nachbarschaftsstreitigkeiten vermindert werden. Diese Diskussion wird Mitte des Jahres angestrebt. Bis auf den Freistaat Bayern haben alle 15 Bundesländer mittlerweile die Regelung eingeführt. Auch einzelne Städte in Bayern können den Faktor 0,4 H ermöglichen.</p>

11	<p><u>Ein Bürger</u> bittet um den aktuellen Sachstand zur Stadt-Umland-Bahn.</p> <p><u>OBM:</u> Mittlerweile konnte der Zweckverband für die Stadt-Umland-Bahn gegründet sowie alle formellen und organisatorischen Erfordernisse erledigt werden. Seit Januar 2017 steht nun auch das nötige Personal für den Zweckverband zur Verfügung. Ab Mai 2017 sollen weitere Informationen sowie ein Zeitplan veröffentlicht werden. Allerdings stellt das angedachte Förderprogramm derzeit noch eine Unsicherheit dar, da das Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz noch nicht durch Bundestagsbeschluss verlängert wurde.</p>
12	<p><u>Ein Bürger</u> fragt an, ob auch der noch nicht sanierte Teil der Hartmannstraße (ab Höhe Sebaldusstraße) fertiggestellt wird. Außerdem zeigt er sich empört darüber, dass durch das Naturschutzgebiet in Tennenlohe ein weiterer asphaltierter Radweg parallel zum bereits sehr gut ausgebauten Radweg entlang der B4 in Planung ist.</p> <p><u>OBM:</u> Es liegt ein Zielkonflikt zwischen Radfahrern als Berufspendler (nicht verdreckte und asphaltierter Radweg) und dem naturschutzrechtlichen Aspekt vor. Der Ausbau entlang der Kurt-Schumacher-Straße ist aufgrund des hohen Radverkehrs sinnvoll. Der Radweg an der Brucker Lache ist aufgrund alternativer Radwege in der Umgebung nicht unbedingt notwendig. Über diese Thematik wird der Stadtrat abschließend entscheiden.</p> <p><u>Herr Weber/Referat Planen und Bauen:</u> Grundsätzlich ist bei der Bürgerschaft das sog. Dünnschichtprogramm sehr beliebt. Im Deckensanierungsprogramm für 2017 ist die Hartmannstraße nicht enthalten. Spätestens im Jahr 2019 wird die Sanierung der Hartmannstraße angegangen. Die Anregung der Sanierung wird jedoch zur Prüfung aufgenommen. Es wird eine Rückmeldung an den Bürger zugesichert.</p>
13	<p>Aus der Bürgerschaft wird angefragt, aus welchem Grund die Errichtung von Tiefgaragen keine Beachtung findet, um die so noch freien Flächen für den Bau von Institutionen zu verwenden.</p> <p><u>Herr Weber/Referat Planen und Bauen:</u> Tiefgaragen sind durchaus ökologischer, da auch oberirdisch noch Baufläche vorhanden bleibt. Allerdings stellt der sehr hohe Grundwasserstand in Erlangen eine Problematik dar, welche beim Bau von Tiefgaragen sehr hohe Kosten verursacht. Mittlerweile werden bei einigen Wohnbauprojekten Tiefgaragen gebaut.</p>
14	<p>Wie sieht der aktuelle Stand zum Bau der Handballhalle aus?</p> <p><u>OBM:</u> Der Stadtrat hat beschlossen, das Projekt (Bau einer 4-fachen Turnhalle mit rund 3.000 Zuschauerplätzen) am ursprünglich angedachten Platz, nicht weiter zu verfolgen. Der Stadtrat plant derzeit die Errichtung einer Sporthalle in angemessener Größe für Schul- und Vereinssport.</p>

Wirtschaftsförderung

- 15 Die Bürgerschaft wünscht sich mehr Gastronomie in der Siedlung, um auch die Lebensqualität deutlich aufzuwerten. Gerüchten zu Folge sei kein konkurrierender Gastronomie im Viertel gewünscht, da die Studenten die gastronomischen Angebote der Universität nutzen sollen, obwohl diese über keine ausgeweiteten Öffnungszeiten verfügen. Daneben soll sich auch um Hotelgewerbe bemüht werden.
- Besteht die generelle Bereitschaft der Stadt Erlangen, ein solches Konzept zu fördern? Ein möglicher Standort wäre bspw. die Theodor-Heuss-Anlage (temporärer Biergarten) oder ein Café / Bistro in der ehemaligen Hexenbäck Filiale an der Ecke Breslauer Straße / Hartmannstraße.
- Herr Weber/Referat Planen und Bauen: Die Aufwertung der Theodor-Heuss-Anlage wurde im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes in diesem Stadtteil diskutiert. Als Ergebnis konnte festgehalten werden, dass mehr Belebung in der Theodor-Heuss-Anlage gewünscht wird. Um die Qualität der Anlage insgesamt aufzuwerten, sollen im Rahmen des Grünkonzepts zusätzliche Sitzbereiche und evtl. auch Spielmöglichkeiten aufgestellt werden. Für die Betreuung eines Biergartens oder die Nutzung leerstehender Läden ist die Stadt Erlangen nicht zuständig, hierfür würde ein privater Nutzer/Betreiber benötigt. Das Studentenwerk selbst baut im Campusbereich neben den Studentenwohnungen eine Cafeteria aus, welche längere Öffnungszeiten haben soll, um das Studentendasein attraktiver zu gestalten.
- OBM: Grundsätzlich steht es nach dem geltenden Baurecht jedem frei, eine Gastronomie zu eröffnen. Rund um den Campusbereich gebe es mehrere Möglichkeiten. Die Abteilung Wirtschaftsförderung soll eine kurze Rückmeldung an das Bürgermeister- und Presseamt geben, ob bereits Anfragen zur Betreuung einer Gastronomie gestellt wurden.

Straßenverkehrsangelegenheiten

- 16 Der Lupinenweg sowie die beiden Parallelstraßen Heideweg und Ginsterweg weisen eine Fahrbahnbreite von 5,50 m auf. Bei dem Heideweg und dem Ginsterweg ist lediglich das einseitige Parken erlaubt, hingegen beim Lupinenweg besteht wechselseitiges Parken. Dadurch verengt sich die Fahrbahnbreite auf nur noch ca. 1,50 m. Für größere Fahrzeuge (LKW-Verkehr, Feuerwehr, Rettungsdienst, Müllabfuhr) ist ein Durchkommen nur sehr schwer oder gar nicht möglich. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Verbotsschilder zu eng zusammengestellt sind (Abstand nur 3 m). Hier kann, ebenso wie in den Parallelstraßen, Abhilfe durch einseitiges Parken geschaffen werden.
- Herr Janousek/Sachgebiet Straßenverkehrsangelegenheiten, Baustellen: Das wechselseitige Parken dient als Instrument zur Reduzierung der Geschwindigkeiten in der Straße. Aus welchem Grund das einseitige Parken in den Parallelstraßen erlaubt ist, kann derzeit nicht nachvollzogen werden – eventuell hat dies historische Gründe. Herr Janousek nimmt das Anliegen zur Überprüfung und Rückmeldung an den Bürger auf. Bei Zufahrts-Problemen für Rettungswägen, Müllabfuhr, etc. werden Ortsbesichtigungen stattfinden und entsprechende Halteverbotszonen ausgewiesen.
- Eine andere Bürgerin hält das wechselseitige Parken für sinnvoll. Allerdings stehen die Verbotsschilder tatsächlich zu eng aneinander – möglicherweise könnten diese jeweils um einen halben Meter nach hinten verschoben werden. Andere Bürger sprechen sich jedoch für das einseitige Parken aus. Zudem werden regelmäßige Kontrollfahrten durch die Feuerwehr selbst vermisst.
- OBM: Aufgrund der unterschiedlichen Meinungen lässt OBM über ein einheitliches Meinungsbild aus der Bürgerschaft abstimmen. Dabei wurde mit vielen Enthaltungen festgestellt, dass sich die Mehrheit für die Beibehaltung des wechselseitigen Parkens mit Optimierung der Abstände zwischen den Schildern ausspricht.

17	<p><u>Ein Bürger</u> moniert, dass viele Radfahrer die Görlitzer Straße entgegen der Fahrtrichtung unbeleuchtet durchfahren. Bisher haben noch nie Kontrollen durch die Polizei stattgefunden.</p>
18	<p>Es wird zu bedenken gegeben, dass viele Linksabbieger mit zu hoher Geschwindigkeit von der Gleiwitzer Straße in die Hartmannstraße einfahren und den querenden Fußgängerverkehr nicht beachten. Zur Sicherheit wird daher angeregt, dass in der Gleiwitzer Straße (Bereich der Einbahnstraße) ein Schild angebracht werden soll, auf dem die Autofahrer ein entsprechendes Smiley-Gesicht mit Tempoanzeige sehen können.</p> <p><u>OBM</u> sagt zu, dass dort zunächst probeweise ein solches Schild aufgestellt werden soll.</p>
19	<p>Es wird sich erkundigt, ob die Gleiwitzer Straße, zumindest zwischen der Gebbert- und der Hartmannstraße, in einen „Anlieger-frei“ Bereich umgewidmet werden kann. Begründung hierfür ist, dass der Verkehr in diesem Bereich der Gleiwitzer Straße zu etwa 80% durch die Umfahrung der Ampelanlage an der Ecke Breslauer Straße / Hartmannstraße entsteht.</p> <p>Insgesamt sollten auch mehr Kontrollen im Bereich der Sebaldussiedlung stattfinden, da sich auch viele Radfahrer verkehrswidrig verhalten.</p> <p><u>Herr Janousek/Sachgebiet Straßenverkehrsangelegenheiten, Baustellen:</u> Grundsätzlich besteht bei Ausweisen eines „Anlieger-frei“ Bereichs ein großes Problem der Überwachung. Nicht umsonst wird diese Regelung auch als „Anlügenregelung“ benannt.</p> <p>Aus der <u>Bürgerschaft</u> wird dennoch mehrfach betont, dass der Hauptverkehr der Gleiwitzer Straße eben keinen Quell- und Zielverkehr darstellt, da dieser lediglich die Ampelanlage an der Ecke Breslauer Straße / Hartmannstraße umfahren möchte.</p> <p><u>Herr Neubauer/Polizei:</u> Generell wird das gesamte Stadtgebiet kontrolliert. Allerdings können reine Wohngebiete nicht den Brennpunkt der polizeilichen Streifenaktivitäten darstellen. Vor allem im innerstädtischen Bereich ist die Polizei gefordert. Im Rahmen des Opportunitätsprinzips werden auch Radfahrer, welche sich verkehrswidrig verhalten, von der Polizei beanstandet, wenn diese Kenntnis davon erlangen. Richtigerweise handelt es sich auch hier um eine Gefahrensituation. Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten muss nach pflichtgemäßem Ermessen erfolgen.</p> <p>Bezüglich der „Anlieger-frei“-Regelung wird die Aussage von Herrn Janousek bestätigt. Eine Straße soll in erster Linie dem Verkehr dienen. Damit die Beschränkung einer Straße auch ihren Sinn und Zweck erfüllt, müsste dies regelmäßig überwacht werden. Aufgrund der nicht umfänglichen Kapazitäten wird erneut hervorgehoben, dass die Polizei keine durchgängige Kontrolle leisten kann. Außerdem wird der Bereich der Gleiwitzer Straße durch die Anwohner/innen genutzt und stellt damit hauptsächlich einen Quell- und Zielverkehr dar. Es handelt sich nicht um eine Durchgangsstraße. Die Ampelumfahrung ist in jedem Fall legal.</p> <p>Es wird alternativ zum „Anlieger-frei“-Schild vorgeschlagen, einen Grünpfeil an der Ecke Gebbert Straße / Breslauer Straße sowie einen Kreisverkehr an der Ecke Breslauer Straße / Hartmannstraße zu errichten. Dadurch würde der Verkehrsfluss verbessert werden, sodass viele Autofahrer auch nicht mehr durch die Gleiwitzer Straße fahren würden.</p> <p><u>Herr Weber/Referat Planen und Bauen:</u> Kreisverkehre helfen nur teilweise an dafür geeigneten Stellen. Bei Ausbau eines Kreisverkehrs sind die betroffenen Anwohner/innen auch finanziell zu beteiligen, sodass eine solche Planung grundsätzlich auf viel Widerstand stößt. Herr Weber appelliert vielmehr an ein Miteinander und gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr.</p> <p><u>OBM:</u> Aufgrund vieler Vorschläge aus der Bürgerschaft, welche in ihrer Umsetzung zum großen Teil nicht sinnvoll erscheinen, soll verwaltungsintern nach einer passenderen Lösungsmöglichkeit gesucht werden.</p>

20	<p>Am Theodor-Heuss-Spielplatz parken die Autos quer zur Fahrtrichtung, obwohl sich die Wohnungen gegenüber der Anlage auf der linken Seite der Liegnitzer Straße befinden. Er möchte wissen, aus welchem Grund die Anwohner/innen, zumindest zum Be- und Entladen, nicht auf der linken Seite stehen dürfen. Gleichzeitig stößt er zur Vereinfachung für die Autofahrer die Aufhebung der Parkregelung in Fahrtrichtung an.</p> <p><u>Herr Janousek/Sachgebiet Straßenverkehrsangelegenheiten, Baustellen:</u> Grundsätzlich kann diese Regelung nicht aufgehoben werden. Nach der STVO ist vorgeschrieben, dass in Fahrtrichtung rechts geparkt werden muss. Lediglich in Einbahnstraßen darf auch in Fahrtrichtung links geparkt werden. Diese klare gesetzliche Vorgabe kann nicht einfach durch Beschilderung der Stadt Erlangen aufgehoben werden.</p> <p><u>OBM</u> informiert grundlegend über die Verkehrsüberwachung der Stadt. Gemeinsam mit den Städten Schwabach und Nürnberg wurde ein Zweckverband zur Überwachung des ruhenden und des fließenden Verkehrs gegründet. In Erlangen gibt es ein festes Kontingent an Personen, welche die Bereiche in Erlangen überwachen – vor allem die Innenstadt. Daneben wird im gesamten Stadtgebiet, wie durch die Polizei, die Geschwindigkeit überwacht. Der ruhende Verkehr außerhalb der Innenstadt wird hauptsächlich durch die Polizei überwacht. Nur bei Schwerpunktaktionen schaltet sich der Zweckverband auch in den Außenbereichen ein, bspw. bei einer deutlichen Änderung einer Parkregelung. Hier finden Kontrollen erst ca. zwei Wochen nach der Veränderung statt.</p>
21	<p>Die Beschilderung der 30er-Zone in der Erwin-Rommel-Straße und Sebaldusstraße wird von einem Bürger für sehr schwach empfunden. Es befindet sich lediglich südlich der Studentenwohnungen ein 30er-Schild sowie am Anfang der Sebaldusstraße (aus Richtung Hartmannstraße). Daneben ist sporadisch eine 30er-Markierung etwa fünf Meter nach der Einmündung von der Breslauer Straße in die Erwin-Rommel-Straße angebracht. Allerdings achtet der abbiegende Verkehr in den ersten fünf Metern nicht auf Markierungen am Boden sondern auf den fließenden Verkehr. Der Bürger hält diese Markierung für überflüssig. Stattdessen sollten lieber auf den längeren Wegstrecken öfter Markierungen angebracht werden. Der Bürger möchte ein Verkehrsberuhigung sowie mehrere 30er-Markierungen in der Erwin-Rommel-Straße und Sebaldusstraße erreichen.</p> <p><u>Herr Janousek/Sachgebiet Straßenverkehrsangelegenheiten, Baustellen:</u> Der Gesetzgeber hat die Regelung getroffen, dass in Wohngebieten nur an den Einfahrten Tempo30-Schilder aufgestellt werden sollen, um den Schilderwald zu reduzieren. Zusätzlich werden an den Einfahrten 30er-Markierungen angebracht, damit jeder Autofahrer auf diese Geschwindigkeitsbegrenzung hingewiesen wird. Zur Sensibilisierung der Tempo30-Zone wird in längeren Straßen (z. B. Egerlandstraße) mittig ein weiteres Schild aufgestellt.</p> <p>Nach Meinung des <u>Bürgers</u> sollte es der Stadt Erlangen nicht um die Vorschriften des Gesetzgebers sondern vielmehr darum gehen, was sinnvoll ist und den Verkehrsstrom tatsächlich beeinflusst. Der Bürger sagt zu, die Farbe für 30er-Markierungen in der Erwin-Rommel-Straße und Sebaldusstraße zu finanzieren, wenn diese durch den Bauhof aufgetragen werden.</p>
22	<p><u>Ein Bürger</u> ist ehrenamtlich beim ASB tätig und kritisiert, dass sehr häufig die Feuerwehzufahrten durch Autos zugeparkt werden. In diesem Zusammenhang erkundigt sich der Bürger, ob die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Feuerwehr entsprechende Kontrollfahrten durchführt.</p> <p><u>Herr Janousek/Sachgebiet Straßenverkehrsangelegenheiten, Baustellen:</u> Die Stadt Erlangen fährt bei Kontrollfahrten der Feuerwehr nicht mit. Allerdings wird regelmäßig bei der Feuerwehr angefragt, ob ggf. und in welchen Bereichen Bedarf besteht, entsprechende Halteverbote auszuweisen.</p> <p><u>OBM</u> hält die vorgetragenen Situationen des Bürgers durchaus für problematisch und ernsthaft. Die Angelegenheit soll zur weiteren Klärung mit der Feuerwehr aufgenommen werden.</p>

<u>Sonstiges</u>	
23	In den 70er Jahren wurde bei einer Bürgerversammlung der Antrag gestellt, dass die Universität ihre Bauvorhaben nicht von Westen her durch das Wohngebiet sondern von Osten erschließen soll. Er bittet um Zusendung des entsprechenden Stadtratsbeschlusses.
24	<u>Eine Bürgerin</u> erkundigt sich, aus welchem Grund im Oderweg keine Straßenreinigung stattfindet. <u>OBM</u> sagt einen Ortstermin gemeinsam mit EB77 zu. Vermutlich wurde diese Regelung im Rahmen der Bebauung getroffen. Sofern eine Straßenreinigung stattfinden soll, müssten sicherlich alle Anwohner/innen der Straße zustimmen.

I.A.

gez.

Eva Ott

Protokollführerin